

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einführung</b> .....	15
I. Gegenstand und Anlass der Untersuchung .....	15
II. Gang der Untersuchung .....	17

## *1. Kapitel*

<b>Inhalt, Hintergrund und Bezeichnung der Neuregelung</b> .....	18
A. Der Inhalt der Neuregelung .....	18
I. Zweck und Bedeutung des § 299 StGB .....	18
II. Die inhaltliche Erweiterung des § 299 StGB .....	20
B. Der Hintergrund der Neuregelung .....	21
I. Die nationale Historie der Reform .....	21
1. Das zweite Korruptionsbekämpfungsgesetz (2007) .....	21
2. Das Gesetz zur Bekämpfung der Korruption (2015) .....	22
a) Der erste Entwurf .....	22
b) Die endgültige Fassung .....	22
II. Die internationalen Vorgaben .....	23
1. Abkommen internationaler Organisationen .....	23
a) Das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption (UNAC) .....	23
b) Das Strafrechtsübereinkommen des Europarates gegen Korruption .....	24
2. Rechtsakte der Europäischen Union .....	25
a) Die Gemeinsame Maßnahme .....	25
b) Der Rahmenbeschluss zur Bekämpfung der Bestechung im privaten Sektor .....	25
3. Gemeinsamkeit der Vorgaben .....	27
III. Umsetzungszwang oder Ermessensentscheidung? Die Bindungswirkung der internationalen Vorgaben .....	28
1. Unverbindliche Rechtsakte .....	28
2. Der Rahmenbeschluss 2003/568/JI .....	29
a) Die Voraussetzungen der Strafrechtsharmonisierung seit dem Vertrag von Lissabon .....	29
b) Die allgemeine Bindung .....	31
c) Die Bindung im konkreten Fall .....	32
aa) Einwände gegen eine Bindung .....	32

bb) Stellungnahme .....	33
cc) Das Bestehen eines Vetorechts nach Art. 83 Abs. 3 AEUV .....	34
d) Stellungnahme .....	35
C. Die Bezeichnung der Neuregelung .....	35
I. Die gängige Bezeichnung als Geschäftsherrenmodell .....	36
1. Begriffsbestimmungen .....	36
a) Die Modelle zum Unwert der Wirtschaftskorruption .....	36
aa) Der Begriff des (Regelungs-)Modells .....	36
bb) Die einzelnen Modelle .....	37
(1) Die Grundmodelle nach Heine .....	37
(2) Die Modelle nach Vogel .....	39
b) Der Begriff des „Geschäftsherrenmodells“ .....	40
2. Die Aussagekraft der Modelle .....	41
a) Hinsichtlich komplexer Regelungssysteme .....	42
b) Hinsichtlich der Tatbestandsvarianten des § 299 StGB .....	43
aa) § 299 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 Nr. 1 StGB .....	43
(1) Elemente eines wettbewerbsrechtlichen Modells .....	43
(2) Elemente eines arbeitsstrafrechtlichen Modells .....	43
bb) § 299 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 Nr. 2 StGB .....	44
(1) Elemente eines arbeitsstrafrechtlichen Modells .....	44
(2) Elemente eines wettbewerbsrechtlichen Modells .....	45
c) Stellungnahme .....	46
II. Eigene Bezeichnung .....	49

## *2. Kapitel*

<b>Der Schutzzweck</b>	<b>50</b>
A. Der Rechtsgutsbegriff .....	50
I. Die Funktionen des Rechtsguts .....	50
1. Die systemimmanente Funktion .....	50
2. Die systemtranszendente Funktion .....	51
II. Kritische Würdigung .....	52
1. Das Rechtsgut als Leitlinie der Auslegung .....	52
2. Das kritische Potenzial des Rechtsgutsbegriffs .....	53
a) Die Vagheit des Rechtsgutsbegriffes .....	53
b) Die Bedeutung des Verfassungsrechts .....	56
3. Die Legitimation von Normen und Norminhalten ohne Rechtsgutsbezug .....	58
III. Stellungnahme .....	60

B. Die bisherigen Ansichten zum Schutzzweck .....	62
I. Der Schutz des freien und lautereren Wettbewerbs .....	62
II. Schutz von Individualinteressen .....	64
1. Schutz von Vermögensinteressen .....	64
2. Schutz der arbeitsrechtlichen Treue- und Loyalitätspflicht .....	65
3. Schutz der loyalen Geschäftswahrnehmung wettbewerbstragender Unterneh- men .....	65
4. Die Kritik an der systematischen Verordnung .....	66
C. Die Ermittlung des tatsächlichen Schutzzwecks .....	66
I. Die Auslegung des Rahmenbeschlusses .....	67
1. Der Telos .....	67
2. Der Wortlaut des Artikel 1 und 2 Rb 2003/568/JI .....	67
3. Bewertung .....	68
II. Die Auslegung des Pflichtverletzungstatbestandes .....	69
1. Der Wortlaut .....	69
a) Der Einwilligungsvorbehalt .....	70
aa) Hintergrund .....	70
bb) Bewertung .....	71
(1) Der Zweck und die inhaltlichen Anforderungen .....	71
(2) Die Widersprüche unter dem Gesichtspunkt des Individualschutzes .....	72
(3) Der Einwilligungsvorbehalt unter dem Gesichtspunkt des Wettbe- werbsschutzes und dem spezifischen Unrecht der Korruption .....	73
(a) Die Bedeutung der Einwilligung im Rahmen des Bevorzu- gungstatbestandes .....	73
(b) Die Einwilligung im Rahmen des Pflichtverletzungstatbestandes .....	76
(c) Der Unwert der Wirtschaftskorruption .....	77
cc) Stellungnahme .....	78
b) Die Täterkreise .....	79
aa) Der Täterkreis des § 299 Abs. 1 Nr. 2 StGB .....	79
(1) Die Begriffe des Angestellten und Beauftragten eines Unternehmens .....	79
(2) Bewertung .....	79
bb) Der Täterkreis des § 299 Abs. 2 Nr. 2 StGB .....	80
(1) Die aktive Bestechung als Jedermann-Delikt .....	80
(2) Bewertung .....	80
c) Handeln im geschäftlichen Verkehr .....	81
aa) Darstellung .....	81
bb) Bewertung .....	81
d) Pflichtverletzung gegenüber dem Unternehmen bei dem Bezug von Waren oder Dienstleistungen .....	81
e) Stellungnahme zur grammatikalischen Auslegung .....	82

2. Die Historie .....	83
a) Die Wurzeln des Gesamttatbestandes .....	83
aa) Darstellung .....	83
bb) Bewertung .....	84
b) Der Prevention of Corruption Act und das Tatbestandsmerkmal der Pflichtverletzung .....	85
aa) Die Bedeutung für den Bevorzugungstatbestand .....	85
bb) Die Bedeutung für den Pflichtverletzungstatbestand .....	86
c) Stellungnahme zur historischen Auslegung .....	87
3. Die Systematik .....	88
a) Die gesamtsystematische Verordnung .....	88
b) Die innertatbestandliche Systematik: Der Schutzzweck des Bevorzugungstatbestandes .....	89
aa) Die Ansicht der Rechtsprechung .....	89
bb) Die Ansichten in der Literatur .....	90
cc) Stellungnahme zum Schutzzweck des Bevorzugungstatbestandes .....	92
c) Stellungnahme zur systematischen Auslegung .....	93
4. Der Telos .....	94
a) Die ersten Entwürfe und Begründungen .....	94
b) Die finale Begründung .....	95
c) Stellungnahme zur teleologischen Auslegung .....	95
D. Das Ergebnis der Auslegung .....	96
I. Vorbemerkung: Kein Schutz des Vermögens .....	96
1. Gründe der Auslegung .....	96
2. Weitere Gründe .....	97
a) Kein Vermögensnachteil des Unternehmens .....	97
aa) Anwartschaften (Expektanzen) .....	97
bb) „Kick-Back“ .....	98
b) Der abstrakte Vermögensschutz im Lichte der Allgemeinschädlichkeit der Wirtschaftskorruption .....	100
II. Der Schutzzweck .....	101
1. Der freie und lautere Wettbewerb .....	101
a) Die Gründe .....	101
b) Exkurs: Die strafrechtliche Schutzwürdigkeit des freien und lauteren Wettbewerbs .....	102
2. Die Pflichtenbeziehung zum Unternehmen .....	103
a) Begriffsbestimmung .....	103
b) Abgrenzung von der arbeitsrechtlichen Treue- und Loyalitätspflicht .....	104
aa) Die Treue- und Loyalitätspflicht als strafrechtliches Schutzgut .....	104
(1) Zivilrechtliche Begriffsbestimmung .....	104

(2) Strafrechtliche Konkretisierung .....	105
bb) Praktische Folgen .....	105
3. Die Relevanz der Pflichtenbeziehung .....	106
a) Im Rahmen der passiven Bestechung .....	107
b) Im Rahmen der aktiven Bestechung .....	108
III. Kontrollüberlegung: Das Ergebnis der Auslegung im Lichte des Unrechts der Wirtschaftskorruption .....	109
IV. Fazit .....	110

### 3. Kapitel

#### **Das verfassungsrechtliche Bestimmtheitsgebot und die restriktive Auslegung 111**

A. Die Funktionskomponenten des § 103 Abs. 2 GG .....	111
B. Die Bestimmtheit des Pflichtverletzungstatbestandes .....	113
I. Der Parlamentsvorbehalt .....	113
1. Problemdarstellung .....	113
2. Der Verweis auf außerstrafrechtliche Regelungen .....	114
a) Die dogmatischen Formen außerstrafrechtlicher Verweisungen .....	114
b) Die Folgen der dogmatischen Zuordnung .....	116
c) Das Tatbestandsmerkmal der Pflichtverletzung .....	118
4. Zwischenfazit .....	120
II. Die Vorhersehbarkeit .....	121
1. Problemdarstellung .....	121
2. Analyse des Wortlautes .....	122
a) Die Tathandlung und die pflichtverletzungsbezogene Verhaltensbeschrei- bung .....	122
b) Die Qualität und der Ursprung der Pflichten .....	123
aa) Die gesetzliche Beschränkung .....	123
bb) Außerstrafrechtliche Pflichten .....	124
(1) Zivilrechtliche Pflichten .....	124
(2) Ausländische Pflichten .....	125
c) Zwischenfazit .....	127
3. Konturierung durch die Auslegung .....	127
a) Die Auslegung .....	128
b) Bislang vertretene Restriktionsansätze .....	129
c) Eigener Restriktionsansatz .....	131
4. Weitere relevante Aspekte .....	134
a) Die Perspektive des konkreten Normadressaten .....	134
b) Der Strafraum .....	136

III. Fazit .....	137
------------------	-----

#### 4. Kapitel

### **Das kriminalpolitische Bedürfnis** 138

A. Zivilrechtliche Vermeidbarkeit: Bedeutung und Funktion der <i>Criminal Compliance</i>	139
I. Begriff und Bedeutung der <i>Criminal Compliance</i> .....	139
1. Der Begriff .....	139
2. Die Bedeutung .....	140
II. Die wesentlichen Unterschiede zwischen Strafgesetzen und <i>Compliance</i> -Richtlinien .....	142
III. Mögliche Wechselwirkungen zwischen dem Pflichtverletzungstatbestand und <i>Criminal Compliance</i> -Richtlinien .....	145
B. Schließung strafrechtlicher Regelungslücken .....	147
I. Anwendungsbereich neben dem Bevorzugungstatbestand .....	147
1. Fälle der fehlenden Bevorzugung .....	148
a) Begriffsbestimmung .....	148
b) Relevante Fallgruppen .....	148
aa) Zuwendungen zur allgemeinen „Klimapflege“ .....	149
bb) Zuwendungen für vergangene Leistungen .....	149
cc) Präqualifikationsverfahren .....	150
(1) Zweck des Verfahrens .....	151
(2) Subsumtion unter den Bevorzugungstatbestand .....	151
(a) Die Ansicht der Rechtsprechung .....	151
(b) Die herrschende Ansicht in der Literatur .....	152
(c) Stellungnahme .....	153
(3) Erfassung durch den Pflichtverletzungstatbestand .....	154
2. Fälle der fehlenden Unlauterkeit .....	155
a) Begriffsbestimmung und Bedeutung .....	155
b) Relevante Fallgruppe: Vorteilsunabhängige Entscheidungen .....	156
aa) Subsumtion unter den Bevorzugungstatbestand .....	156
bb) Erfassung durch den Pflichtverletzungstatbestand .....	158
3. Fälle des fehlenden Wettbewerbs .....	159
a) Begriffsbestimmung .....	159
aa) Abstrakter potenzieller Wettbewerb .....	159
bb) Zu erwartender, konkretisierbarer Wettbewerb .....	160
cc) Stellungnahme .....	161
dd) Eigene Ansicht .....	162

b) Relevante Fallgruppen .....	163
aa) Unrechtsvereinbarungen bei laufenden Geschäftsbeziehungen .....	163
(1) Beispiele für langfristige vertragliche Vereinbarungen .....	163
(2) Strafrechtliche Bewertung .....	164
(a) Subsumtion unter den Bevorzugungstatbestand .....	164
(b) Erfassung durch den Pflichtverletzungstatbestand .....	165
bb) Garantie- und Gewährleistungsfälle .....	166
cc) Monopole .....	167
dd) Kreditvergaben ohne Bonitätsprüfung .....	169
(1) Subsumtion unter den Bevorzugungstatbestand .....	169
(2) Subsumtion unter §§ 263 und 266 StGB .....	171
(3) Erfassung durch den Pflichtverletzungstatbestand .....	171
ee) Die Weitergabe und Beschaffung vertraulicher Informationen .....	172
(1) Die Bedeutung des § 17 UWG .....	172
(2) Subsumtion unter § 298 StGB und den Bevorzugungstatbestand ...	172
(3) Erfassung durch den Pflichtverletzungstatbestand .....	173
ff) Einstellungsverfahren .....	174
gg) Vorgetäuschte Leistungen und Scheinangebote .....	175
(1) Erfassung durch den Bevorzugungstatbestand .....	175
(2) Subsumtion unter den Pflichtverletzungstatbestand .....	176
4. Zwischenfazit .....	177
II. Anwendungsbereich neben der Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheits-	
wesen, §§ 299a, 299b StGB .....	178
1. Einführung .....	178
2. Regelungslücken der §§ 299a und 299b StGB .....	179
a) Streichung der §§ 299a Abs. 1 Nr. 2 und 299b Abs. 1 Nr. 2 StGB-E .....	179
b) Streichung der §§ 299a Abs. 2 und 299b Abs. 2 StGB-E .....	181
c) Weitere personelle Regelungslücken .....	181
2. Erfassung durch den Pflichtverletzungstatbestand .....	182
III. Anwendungsbereich neben der Manipulation von berufssportlichen Wettbewer-	
bern, § 265d StGB .....	183
1. Einführung .....	183
2. Die Regelungslücken des § 265d StGB .....	184
2. Erfassung durch den Pflichtverletzungstatbestand .....	186
IV. Friktionen mit dem Tatbestand der Untreue, § 266 StGB .....	187
1. Dogmatischer Vergleich der Tatbestände .....	187
a) Der Schutzzweck und die tatbestandliche Angriffsweise .....	188
b) Das Erfolgsunrecht der Untreue .....	189
aa) Die Anforderungen an einen Vermögensnachteil im Sinne des § 266	
StGB .....	189

bb) Vorliegen dieser Voraussetzungen in Fällen der Wirtschaftskorruption	190
(1) Nachteil zu Lasten des betroffenen Unternehmens	190
(2) Nachteil zu Lasten eines anderen Unternehmens oder der Verbraucher	191
(3) Zwischenfazit	192
c) Weitere wesentliche dogmatische Unterschiede	192
aa) Der Täterkreis	193
bb) Das täterschaftliche Unrecht der aktiven Bestechung	194
2. Stellungnahme	195
V. Zwischenfazit	196
C. Kontrollüberlegung: Die Strafwürdigkeit und Strafbedürftigkeit der tatbestandlich normierten Angriffsweise	197
I. Strafwürdigkeit	198
1. Der Wettbewerb als Institution	198
2. Pflichtverletzungen gegenüber Unternehmen als strafwürdige Gefährdung	200
II. Strafbedürftigkeit	200
<b>Darstellung der wesentlichen Erkenntnisse: Sechs abschließende Thesen</b>	<b>202</b>
<b>Schlusswort</b>	<b>204</b>
<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>205</b>
<b>Sachverzeichnis</b>	<b>227</b>